

## **Braunschweig: Prozess gegen Antifaschisten vertagt – voller Saal bei Verhandlung um Protest gegen Neonazi-Aufmarsch**

Dienstagmorgen im Amtsgericht Braunschweig. Kein prominenter Prozess, kein Kameragewitter, keine Hektik auf den Fluren. Und doch reicht der vorgesehene Raum nicht aus. Zu viele Menschen sind gekommen. Unterstützerinnen und Unterstützer, Freunde, politische Weggefährten. Also Umzug in einen größeren Saal.

Es ist ein unscheinbarer Vorgang – und zugleich ein sprechender. Denn manche Verfahren tragen mehr in sich als nur Aktenzeichen und Paragraphen.

Gegenüber der Richterin Jones sitzt Lars Hirsekorn. Verhandelt wird ein Vorfall vom 21. Dezember 2024. Damals zog ein von Christian Worch angemeldeter Aufmarsch durch Braunschweig.

Das Motto lautete: „**Braunschweig Nazistadt**“.

Zwei Worte wie eine Rauchgranate. Laut, aggressiv, absichtlich mehrdeutig.

### **Die faschistische Sprache der Provokation**

Gerade in seiner Unklarheit liegt die Wirkung solcher Parolen. Ist es Selbstbeschreibung? Drohung? Beschimpfung? Ironie? Tarnung? Alles zugleich – und darum schwer zu greifen.

Rechte Kommunikation arbeitet oft mit genau dieser Methode: Grenzen verschieben, Empörung erzeugen, sich anschließend missverstanden geben. Aufmerksamkeit entsteht gratis, Verantwortung verflüchtigt sich.

Während die Neonazis marschierten, organisierte das Bündnis gegen Rechts Gegenproteste an mehreren Orten der Stadt.

Hirsekorn stellte sich gemeinsam mit einer weiteren Person dem Aufzug mit einem Transparent entgegen. Kurz darauf zog die Polizei beide von der Straße.

Viele hätten erwartet, dass es nun um Blockade, Demonstrationsrecht oder Platzverweise geht. Doch im Gerichtssaal steht etwas anderes im Zentrum: Worte.

Bei der Identitätsfeststellung richtete Hirsekorn Fragen an Polizeibeamte. Fragen nach Befehlsgehorsam, persönlicher Verantwortung und den Lehren aus der deutschen Geschichte. Dabei fiel auch der Satz, ob man „auch die Züge nach Auschwitz gefahren“ hätte.

Mehrere Beamte fühlten sich beleidigt.

Damit war aus einem Straßenmoment ein Strafverfahren geworden.

### **Was im Saal verhandelt wird**

Als Hirsekorn seine Erklärung verliest, wird es still. Er spricht nicht wie jemand, der einen taktischen Ausweg sucht. Er spricht über seine Empörung darüber, dass ein Neonazi-Aufmarsch in

dieser Form genehmigt wurde. Über seine Sorge vor politischer Rechtsentwicklung. Über die Frage, wann Menschen in staatlichen Funktionen beginnen, Befehle zu hinterfragen.

Er betont zugleich, die Gegenwart nicht mit Auschwitz gleichsetzen zu wollen. Ihm gehe es um Verantwortung – nicht um billige Gleichsetzung.

Damit berührt der Fall einen empfindlichen Punkt deutscher Erinnerungskultur.

Denn die Verbrechen des Nationalsozialismus wurden nicht nur von fanatischen Spitzenfunktionären begangen. Sie benötigten Verwaltungen, Transportlogistik, Wachmannschaften, Bürokratien und Menschen, die ihren Dienst verrichteten. Der industrielle Mord war auch ein System des Funktionierens.

Genau daran erinnert Hirsekorns Frage – in zugespitzter, verletzender, aber politisch gemeinter Form.

## Die Generation danach

Für manche im Saal ist das keine abstrakte Debatte. Wer als Nachkriegsgeneration aufwuchs, kennt die Mischung aus Schweigen, Schuld, Familiengeschichten und verdrängten Wahrheiten. In vielen Familien standen Opfer- und Tätererfahrungen nebeneinander. Nicht selten ohne Sprache dafür.

Öffentliche Auseinandersetzungen – Bücher, Prozesse, Fernsehserien wie *Holocaust* – erschütterten viele nachhaltig. Für nicht wenige entstand daraus ein dauerhafter antifaschistischer Impuls.

Wer mit dieser Geschichte lebt, hört rechte Parolen anders.

## Eine ruhige Verhandlung über unruhige Fragen

Die Verhandlung selbst verläuft sachlich, beinahe nüchtern. Kein Pathos, keine Tumulte. Vielleicht gerade deshalb wirken die Fragen größer:

Wo endet politische Zuspitzung?

Wann beginnt strafbare Herabsetzung?

Wie viel Schärfe muss Demokratie aushalten?

Und warum scheint sich so oft zuerst der Protest erklären zu müssen?

Dann folgt keine Entscheidung, sondern Aufschub. Ein wichtiger Zeuge fehlt. Das Verfahren wird vertagt.

Neuer Termin: **5. Mai 2026, 11:30 Uhr.**

Die Menschen stehen auf, ziehen Jacken an, sprechen auf dem Flur weiter. Manche Prozesse enden nicht mit dem Sitzungsschluss. Sie wandern mit hinaus auf die Straße.

*Bericht von Mischa Werner vom 20.4.2026*



*Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany: ["Wann wird die Befolgung von Befehlen hinterfragt?" als "Volksverhetzung": VW-Betriebsrat Lars Hirsekorn steht am 5.5.2026 in Braunschweig als Antifaschist vor Gericht](#)*